EUROPEAN NEWSPAPER OF THE YEAR

Berliner Morgenpost

*REDAKTIONSSCHLUSS: 23.00 UHR | SONNABEND, 8. SEPTEMBER 2012 | H | NR. 246 / 36.W. | PREIS 1,20 EURO

GERED MANKOWITZ

Porträts aus 60 Jahren Rock 'n' Roll

Fotos von Jimi Hendrix, Bob Dylan und den Rolling Stones sind in Berlin zu sehen. Seite 19

Heute mit Immobilien
1849 Wohnungen, Häuser und Grundstücke

Lufthansa und Ufo vereinbaren Schlichtung

BERLIN – Die Lufthansa und die Flugbegleiter haben eine Schlichtung vereinbart. Die Streiks werden ausgesetzt, sagte der Chef der Gewerkschaft Ufo, Nicoley Baublies. Ein Schlichter wird nach Angaben von Baublies noch gesucht. Während der Schlichtung gilt Friedenspflicht. Im Schlichtungsverfahren geht es nach Angaben von Ufo in erster Linie um die Vergütungsfragen. Zudem solle über alle anderen strittigen Fragen wie Leiharbeit verhandelt werden. „Damit ist die Ufo sehr zufrieden", sagte Baublies. Die Ankündigung der Lufthansa, künftig keine Leih-Stewardessen mehr auf ihren Berlin-Verbindungen einzusetzen, sei ein „wichtiges Signal" gewesen. Am Freitag waren von dem 24-stündigen bundesweiten Streik 100.000 Fluggäste betroffen. Obwohl nach Lufthansa-Zählung rund 1000 Flüge ausfielen, blieb das Chaos aus. **Seite 5**

Wirtschaftssenatorin wird laut CDU-Berlin für „Klarheit" sorgen

BERLIN – Im Konflikt zwischen Wirtschaftssenatorin Sybille von Obernitz (parteilos, für CDU) und der Berliner Messe-Gesellschaft um die Stellenausschreibung für einen neuen Messe-Chef, will sich von Obernitz darum bemühen, dass das Land Berlin mit dem Aufsichtsrat zu einer „konstruktiven Lösung" komme. Das teilte die Senatorin am Freitag in einer Erklärung mit. Von Obernitz war massiv unter Druck geraten, weil sie ohne Rücksprache mit dem Messe-Aufsichtsrat ein neues Auswahlverfahren für die Suche nach einem Messe-Chef gestartet hat. Die Berliner CDU forderte die Senatorin auf, den Konflikt zu beenden. „Ich gehe davon aus, dass Frau von Obernitz hinsichtlich der Vorwürfe für Klarheit sorgen wird", sagte CDU-Generalsekretär Kai Wegner. Auch von Seiten der Wirtschaft wächst der Druck auf die Senatorin. **Seite 10**

Bundesagentur-Chef Weise plädiert für Mindestlohn

BERLIN – Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, zeigt sich offen für die Einführung eines Mindestlohns. Ein zu hoher Mindestlohn könne Arbeitsplätze kosten, sagte Weise der Berliner Morgenpost. „Psychologisch wäre es aber vielleicht nicht schlecht, eine Grenze nach unten einzuziehen", fügte er hinzu. „Schließlich erwarten wir von den Arbeitslosen heute Mobilität, Flexibilität und Qualifizierung – da sollte es eine Mindest-Wertschätzung geben."

Und die Grenze nach unten gebe es ja faktisch schon durch den Hartz-IV-Satz, so Weise. „Liegt er also unter 7,50 Euro die Stunde, wird er keinen Effekt haben, denn das bekommt man ja sowieso schon über die Grundsicherung, zumindest Alleinstehende", erklärte Weise. Für das Jahr 2013 erwartet Weise eine Stagnation am Arbeitsmarkt. **Seite 2**

AP/ALEX WONG

Umarmung Barack Obama lässt sich auf dem Parteitag der US-Demokraten mit seinen Töchtern Sasha und Malia sowie seiner Frau Michelle feiern

First Familienbetrieb

CHARLOTTE – Im Wahlkampf angekommen: Mit einer kämpferischen Rede hat US-Präsident Barack Obama die Amerikaner auf eine Schicksalsentscheidung eingeschworen. Unter dem tosenden Jubel seiner Anhänger nahm er auf dem Parteitag seiner Demokraten die Nominierung als Präsidentschaftskandidat an. Der Präsident holte auch die First Lady und seine Töchter Sasha und Malia auf die Bühne. Obama dankte seiner Frau: „Michelle, ich liebe dich so sehr." **Seite 4**

BER kostet Berlin 444 Millionen mehr

Hauptstadtflughafen eröffnet am 27. Oktober 2013 – Bund stellt Bedingungen für Finanzspritze

BERLIN – Aufgrund der Pannen bei Planung und Bau wird der neue Hauptstadtflughafen BER erst am 27. Oktober 2013 in Betrieb gehen. Darauf hat sich am Freitag der Aufsichtsrat der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH verständigt. Die Verschiebung kostet nach Angaben von Flughafen-Chef Rainer Schwarz 67 Millionen Euro für noch einmal erhöhte Baukosten und 230 Millionen wegen entgangener Einnahmen. Weil für den Schallschutz aber nur 305 statt der zunächst kalkulierten 591 Millionen Euro mehr ausgegeben werden sollen und der Risikopuffer verkleinert werde, könne die Flughafengesellschaft die Mehrkosten insgesamt im bisher bekannten Rahmen von 1,2 Milliarden Euro halten. Dazu gehört nach Angaben des Flughafen-Chefs auch ein Risikopuffer von 322 Millionen Euro. Aus dieser Summe könnten Schadenersatz an Airlines oder andere Unternehmen gezahlt werden, ebenso Kompensationen für geschädigte Flughafenmieter oder andere unerwartete Ausgaben.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) kündigte an, für den Berliner Finanzierungsanteil von 444 Millionen Euro am Dienstag einen Nachtragshaushalt im Senat beschließen zu wollen. Brandenburg hält wie Berlin 36 Prozent an der Flughafengesellschaft und muss die gleiche Summe beisteuern. Der Bund wird sich nach Angaben von Verkehrsstaatssekretär Rainer Bomba ebenfalls entsprechend seinem Anteil von 27 Prozent an der Flughafengesellschaft beteiligen. Das wären für den Bund eine Belastung von 324 Millionen Euro. Wie genau die Summe dem Flughafen zugeführt wird, ob durch Darlehen oder frisches Eigenkapital, konnte der Aufsichtsrat am Freitag noch nicht klären. Dazu wollen sich der Bund, Berlin und Brandenburg kommende Woche zur Gesellschafterversammlung treffen. Bomba verneinte, dass es über die Finanzierung Streit zwischen den Gesellschaftern gegeben habe. „Soviel Harmonie gab es zwischen uns drei noch nie", sagte der Stellvertreter von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Der Grund, warum man sich noch nicht über die Details habe einigen können, sei die EU-Kommission, die Finanzspritzen für den Flughafen als Beihilfen genehmigen muss.

Trotz der Äußerungen des Staatssekretärs hat sich der politische Streit um die Mehrkosten für den BER zugespitzt. Auf Bundesebene stellen führende Politiker die Finanzspritze für das wichtigste Infrastrukturprojekt in der Region in Frage. „Der neue Flughafen ist von nationaler Bedeutung und seine Fertigstellung unabdingbar. Aber der Bund darf sich erst dann an den Mehrkosten beteiligen, wenn Ursachen und Verantwortung für das Fiasko aufgeklärt sind", sagte der stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz (CDU), der Berliner Morgenpost. Deutschland dürfe nicht „nochmals mehr als eine Milliarde Euro in ein Fass ohne Boden zu stecken".

Wegen der Mehrkosten rechnet der Europaabgeordnete Michael Cramer (Grüne) mit höheren Fluggebühren für die Passagiere. „Der Bund will bei der EU-Kommission staatliche Beihilfe für den Flughafen beantragen, aber Brüssel kann Auflagen machen. Es drohen höhere Fluggebühren und die Passagiere müssen dann die Zeche zahlen", sagte Cramer der Berliner Morgenpost. Brüssel werde Deutschland staatliche Hilfen nur dann bewilligen, wenn anderen Flughäfen daraus keine Wettbewerbsnachteile entstünden. Cramer nannte es „absurd", dass die Milliardenhilfe von Berlin, Brandenburg und Bund auf die Steuerzahler abgewälzt werden solle. Dafür sei als Aufsichtsratschef Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit verantwortlich. **Seiten 2 und 9**

Apple und Samsung: Noch mehr Streit

NEW YORK – Die Beziehung zwischen Apple und Samsung ist angespannt, fast wöchentlich gibt es Gerichtsverhandlungen, weil Samsung Produkte von Apple kopiert haben soll. Die beiden Marken stecken in einem erbitterten Patentkrieg – trotz allem sind Apple und Samsung langjährige Geschäftspartner. So stellt Samsung Mikroprozessoren, Bildschirme und Speicherchips für Apples iPhone, iPad und iPod her.

Jetzt schlägt laut Medienberichten das tiefe Zerwürfnis zwischen den beiden Handy-Giganten sogar auf die Produktion des neuen iPhone durch. So habe Apple Aufträge für Speicherchips bei Samsung abgezogen und an andere Zulieferer vergeben, berichtet unter anderem das „Wall Street Journal". Nach Informationen der Finanznachrichtenagentur Bloomberg gab es Meinungsverschiedenheiten um den Preis.

Der Hauptprozessor des nächsten iPhone wird den Berichten zufolge weiterhin von Samsung produziert. Dagegen dürften zumindest die ersten Geräte keine Samsung-Displays enthalten. Auch beim erwarteten kleineren iPad-Modell setzte Apple auf zwei andere Hersteller, schrieb Bloomberg. Apple wird das neue iPhone voraussichtlich am 12. September vorstellen und wenig später auf den Markt bringen. Das kleinere iPad wird laut Medienberichten für Oktober erwartet.

Der US-Chiphersteller Audience bekommt die neue Apple-Einkaufsstrategie stärker zu spüren. Apple werde wohl künftig auf seine Technologie für das neue iPhone verzichten, teilte Audience mit. Chips des Unternehmens werden zur Verbesserung der Sprachqualität eingesetzt. Es belieferte Apple seit 2008. *dpa/rtr*

Mord in den Alpen: Spur führt zum Bruder

PARIS – Die französische Justiz prüft, ob der Bluttat mit vier Toten in den Alpen ein Familienstreit um Geld vorausgegangen ist. So sagte der ermittelnde Staatsanwalt Eric Maillaud am Donnerstag, eines der Mordopfer, der erschossene Familienvater Saad al-Hilli, habe anscheinend Geldstreitigkeiten mit seinem Bruder gehabt. Der Staatsanwalt: „Diese Information scheint seriös zu sein, sie stammt von der britischen Polizei." Der Bruder des getöteten Familienvaters müsse ausführlich vernommen werden, sagte er. **Seite 8**

FUSSBALL-LÄNDERSPIEL

Jubiläumssieg

Die deutsche Elf ist mit dem 500. Sieg ihrer Länderspiel-Geschichte in die Qualifikation für die WM 2014 in Brasilien gestartet. Das Team von Bundestrainer Joachim Löw gewann gegen Färöer 3:0.

Deutschland	3 : 0
Färöer	

Berichte und Tabellen auf Seite 21 und 22

morgenpost.de
NACHRICHTEN RUND UM DIE UHR

EXTREMISMUS

Salafist darf nicht mehr an Schule in NRW unterrichten

Ein bekennender Salafist hat ein halbes Jahr lang an einem Berufskolleg in NRW unterrichtet und jetzt die fristlose Kündigung erhalten. Dem Lehrer für Elektrotechnik werden Kontakte zum Terrornetzwerk al-Qaida nachgesagt, wie die „Rheinische Post" berichtet. Die zuständige Düsseldorfer Bezirksregierung habe dem 35-Jährigen, der seit Jahresbeginn in Duisburg unterrichtet habe, in den Sommerferien gekündigt.

ANZEIGE

ATAILA
www.fliesen.de

FAMILIEN

FDP sieht Betreuungsgeld vor dem Aus

Die FDP sieht das umstrittene Betreuungsgeld vor dem Aus. Wie die „Bild"-Zeitung berichtet, hält der FDP-Bundestagsabgeordnete Patrick Meinhardt der CSU vor, „sinnvolle Verhandlungen" zu blockieren. Ohne Änderungen am Entwurf „sehe ich aber keine Mehrheit im Bundestag", sagte der Vorsitzende des zuständigen Arbeitskreises der Liberalen. In der FDP-Fraktion gebe es wie unter den CDU-Kollegen viele, die dem aktuellen Entwurf nicht zustimmen wollten.

Kasupke sagt …

… WIE ES IST

So richtich war det ja nüscht, mit dem Mega-Streik von die Stjurdessen. Da wollten se jroßes Chaos an den Flughäfen anrichten, aba die Lufthansa hat alle Passagiere schon am Donnerstag informiert jehabt. Stell dir vor, es is' Streik, und keena jeht hin. Ick hab Tejel jedenfalls noch nie so leer jesehen. Dafür hab ick viele Fuhren zum Hauptbahnhof jehabt, ick kann mir also nich' beklajen. Jebracht hat es ja trotzdem wat, jetzt sitzen Konzern und Gewerkschaft wieda an eenem Tisch. Wurde auch langsam Zeit. Ick hab' ja imma Verständnis, wenn jemand mehr Jeld inner Tasche haben will , aba so'n Streik jeht ooch imma uff 'n Rücken der Reisenden. Und die können nun wirklich am wenichsten dafür.

kasupke@morgenpost.de

4 190247 101205 60036

BELGIEN € 2,10 / DÄNEMARK DKK 16,50 / ITALIEN € 2,10 / GRIECHENLAND € 2,10 / ÖSTERREICH € 2,10 / POLEN PLZ 9,00 / SCHWEIZ CHF 2,70 / SPANIEN € 2,10 / SLOWAKISCHE REPUBLIK € 2,10 / TÜRKEI TL 5,30 / UNGARN FT 650

Inhalt

Börse 6
Wissen 7
Aus aller Welt 8
Berlin 9–14
Kultur 18–19
TV-Programm 20
Sport 21–24
Leserforum 25
Rätsel/Horoskop 25
Leute 26

Wetter Wechselhaft, 21 Grad

In Berlin regnet es zunächst, später ist es sonnig. Die Temperaturen steigen bis auf 21 Grad. **Seite 26**

Dax steigt

Der deutsche Leitindex steigt um 0,66 Prozent auf 7214,50 Punkte.

Euro im Plus

Der Wert der Währung steigt um 0,54 Prozent auf 1,2706 US-Dollar.

Kontakt **Anschrift:** Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin · **E-Mail:** redaktion@morgenpost.de **Redaktion:** 030-25 91 736 36 · **Anzeigen:** 030-58 58 88 **Aboservice:** 030-58 58 58 · **Axel Springer 24h-Service:** 01805 - 6 300 30 (14 Ct./Min. aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 42 Ct./Min.)

Berliner Morgenpost
bei Twitter – Aktuelles aus dem Newsroom: **twitter.com/bmonline**
Werden Sie Fan von uns: **www.facebook.com/morgenpost**

BRIEFMARKEN